Fraktion in der
Marburger Stadtver-
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Marburg, den 8. Dezember 2025

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 31.10.2025

Hauptpost nicht an Roten Graben verlegen – GeWoBau-Mietpreisentwicklung – Verringerung von Wohnungsleerstand – Bebauung des Stadtbürogeländes – Haushaltsdefizit

Die Sitzung am letzten Oktobertag startete mit einem Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke.

Erhalt der Deutschen Post in der Bahnhofstraße

Renate Bastian begründete für die Fraktion: „Der geplante neue Standort am Roten Graben 1 ist für Fußgänger und Radfahrer deutlich schwerer zu erreichen. Es besteht außerdem die Gefahr, dass zusätzlicher Autoverkehr im Bereich des oberen Steinweges entsteht und bestehende Probleme mit Parksuchverkehr und illegalem Parken verstärkt werden. In der Bahnhofstraße ist die Filiale dagegen durch Busse und einen kleinen Kurzparkplatz gut erreichbar.“ Die Mehrheit lehnte die Dringlichkeit ab, so dass der Antrag erst in der kommenden Sitzung behandelt werden konnte.

Mietpreispolitik der städtischen GeWoBau

In einer Kenntnisnahme stellte die GeWoBau ihre Arbeitsgrundlage dar, nämlich dass sie „auch weiterhin sozialverträgliche Mieten unterhalb des Marktniveaus anbietet und ein nachhaltiges Konzept für die sozialverträgliche Mietpreisgestaltung erarbeiten wird, das auch einen Vorschlag für einen Mietpreisdeckel für nicht-preisgebundene Wohnungen beinhaltet, der sich an dem Mietniveau des geförderten Wohnungsbaus orientiert“. Diese grundsätzliche Verpflichtung hinterfragte Jan Schalauske kritisch. Er kam zum Schluss: „Gut, dass es die GeWoBau gibt. Über die Frage, ob und in welcher Form die Mieten der GeWoBau sozialverträglich gestaltet werden, gibt das vorliegende Dokument nur unzureichend Auskunft. Als Konzept oder Grundsätze sollte man die vorliegenden zwei Seiten daher besser nicht bezeichnen.“

Konzept zur Vermeidung von Leerstand

Nach dem Beispiel anderer Städte beantragte die Fraktion Marburger Linke und Piraten (MLP) ein Anreizkonzept für Vermieter, leerstehende Wohnungen zu vermieten. Die Stadt soll als Vermittlerin zwischen Vermieter und Mieter auftreten. Miguel Sanchez, Die Linke, argumentierte insofern für den Vorschlag, als die Stadt auf diese Weise positiv für den

Wohnungsmarkt agieren und dazu beitragen könnte, leerstehenden Wohnraum zu erschließen und gleichzeitig den Vermieter*innen eine gewisse Hilfestellung und Sicherheit zu bieten.

Der Antrag erhielt nur die Stimmen der MLP und der Linken.

Schaffung bezahlbaren Wohnraums und Werkswohnungen auf der Fläche des ehemaligen Stadtbüros

Mit diesem Antrag reagierte die MLP auf die Ankündigung des Magistrats, das abbruchreife Stadtbüro in der Frauenbergstraße 35 aus finanziellen Gründen nicht durch einen Neubau zu ersetzen. Bei näherem Hinsehen erwies sich der Antrag allerdings als zu kurz gegriffen, da es den Umbau des gesamten Viertels nicht berücksichtigte. Er wurde im Bauausschuss durch einen Änderungsantrag der Koalitionsparteien erweitert. Renate Bastian, Die Linke, problematisierte, dass das Bürgerbüro als Ergänzung zum Verwaltungsgebäude am Neuen Forum (Neue Kasseler Straße) an dieser Stelle im Süden und in der Nähe des bevölkerungsreichen Richtsberg eine wichtige Funktion gehabt hätte. „In der Planung eines gesamten Quartiers muss auch die soziale, die gemeinschaftliche Infrastruktur betrachtet werden“ Es mache daher mehr Sinn, entsprechend dem Änderungsantrag für das gesamte Areal im Marburger Süden die GeWoBau mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zu beauftragen – und auf dem Gelände des ehemaligen Stadtbüros neben Wohnungen, auch ein Schul- oder Dienstleistungsgebäude zu prüfen. Der so geänderte Antrag wurde angenommen.

Genehmigung des Haushaltsplans 2025 durch den Regierungspräsidenten

In der Debatte um diese Kenntnisnahme nahm Jan Schalauske für Die Linke Stellung: „Statt von einem ‚strukturellen Haushaltsdefizit‘ sollten wir besser über ein strukturelles Einnahmedefizit reden. Unter Hanno Drechsler hatte Marburg 1978 den Gewerbesteuersatz auf 400 erhöht, 44 Punkte über dem Durchschnitt vergleichbarer Städte. Geschadet hat das der Wirtschaft nicht, die sogar schneller wuchs als die hessische. Aber seit 2005 haben die anderen Städte Marburg überholt und heute einen durchschnittlichen Steuersatz von 433 Punkten erreicht. Marburg hingegen senkte seinen 2009 auf 370. 2011 empfahl der Landesrechnungshof Marburg den Gewerbesteuersatz auf 430 Punkte zu erhöhen. Doch in Marburg wusste man es besser, kehrte zwar 2016 zu 400 zurück und senkte ihn schließlich 2022 auf 357, um dem Pharmastandort zu gefallen. Die Rechnung zeige: Hätte Marburg seit 2011 einen Gewerbesteuersatz von 430 gehabt, wären bis heute rund 306 Mio. Euro mehr in der Kasse gewesen. Allein damit hätte man das Haushaltsloch 8 Jahre lang füllen können.“

Ohne Aussprache angenommen

Magistrat – **Satzung und Gebührenordnung für die Freiwillige Feuerwehr der Universitätsstadt Marburg:** einstimmig beschlossen.

Magistrat – **Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg Aufstellung des "einfachen" Bebauungsplans "**Zur Anwendung der sozialen Wohnraumquote im unbeplanten Innenbereich". Der Vorentwurf des Bebauungsplans umfasst insgesamt vier Gebiete innerhalb des Stadtgebietes – zwei am Grassenberg und jeweils eins am Ortenberg und in Cappel – in denen beim Bau von mindestens 10 Wohnungen, 30 Prozent Sozialwohnen sein müssen: einstimmig beschlossen.

CDU/FDP/BfM – **Benennung des Platzes vor dem Erwin-Piscator-Haus in „Margot-Friedländer-Platz“:** Dieser Vorschlag soll mit allen relevanten Gruppen der Stadt besprochen werden.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

Renate Bastian, Miguel Angel Sanchez Arvelo, Jan Schalauske